

Postulat Edith Leibundgut (CVP) vom 20. November 2008: Bessere Rahmenbedingungen für ansässige Unternehmen durch Abbau bürokratischer Hürden und Lasten; Fristverlängerung Punkt 4 und 5

In der Stadtratssitzung vom 18. Juni 2009 wurden die Punkte 4 und 5 der Motion Leibundgut in ein Postulat umgewandelt und vom Stadtrat erheblich erklärt.

Für eine attraktive und florierende Stadt sind gut funktionierende Unternehmungen sowie eine stetige wirtschaftliche Weiterentwicklung von zentraler Bedeutung. Bestehende und neue Unternehmen sichern, respektive schaffen nicht nur Arbeitsplätze, sondern sind auch eine wichtige Quelle zur Finanzierung staatlicher Aufgaben. Entsprechend hat die Stadt Bern für bestehende und neue Unternehmen ein optimales Umfeld zu schaffen.

Bis anhin tut sie wenig dazu. Um in unserer Stadt auch nur ein einziges Stück Seife, Schokolade, Hightech-Teil oder was auch immer rechtmässig zu produzieren, vergehen leicht eineinhalb Jahre. Bis der Bewilligungsdschungel in unserer Stadt bewältigt ist, verliert das Unternehmen schon alleine durch den zeitlichen Aufwand so viele finanzielle Mittel, dass noch und noch Arbeitsplätze verloren gehen oder jung aufstrebende Unternehmen mit geringer Kapitalbasis auf Grund auflaufen, noch bevor sie in den Markt eintreten.

Durch die Gründung meiner eigenen Firma Starsoap weiss ich, was es bedeutet, einen Produktionsbetrieb in unserer Stadt aufzubauen oder umzugsbedingt neu einzurichten. Nicht etwa der Aufbau oder Umzug einer Anlage, die Entwicklung und Patentierung eines Produktes oder der eigentliche Markteintritt stellten dabei die grössten Herausforderungen dar, sondern die unzähligen unübersichtlichen Bestimmungen und Bedingungen der Stadt welche von allen Seiten unkoordiniert über das Unternehmen hereinbrechen.

Wenn die Stadt mit ihrer ohnehin übertrieben hohen Steuerbelastung nicht im Bereich der Kundenfreundlichkeit gegenüber den KMU punkten kann, muss sie sich über prominente Wegzüge nicht wundern und über mangelnde Zuzüge nicht klagen.

Forderungen

1. Die Abläufe sind verwaltungsintern so zu vereinfachen, zu verbessern und mit dem Kanton zu koordinieren, dass eine optimale zeitliche Abwicklung z.B. eines Baugesuches möglich wird. Dabei muss der zeitliche Rahmen für die verschiedenen Bewilligungen für Firmen kalkulierbar werden.
2. Die Strukturen sind aufgrund bereinigter Abläufe zu überprüfen und kundengerecht (auf KMU zugeschnitten) auszugestalten. Die Kundenfreundlichkeit ist entsprechend zu kommunizieren.
3. Erwartete Standards (z.B. für Belüftungsanlagen) sind so übersichtlich zu gestalten, dass sie von Unternehmern auf Anhieb erkenn- und einsehbar sind und die daraus zu erwartenden Kosten berechenbar werden.
4. Ein Fragebogen zur Effizienz der Zusammenarbeit zwischen Gewerbetreibenden und der Verwaltung soll auf möglich Schwierigkeiten und fehlerhafte Abläufe aufmerksam machen.
5. Alle städtischen Auflagen für Unternehmungen sind auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Unnötige Vorschriften sind aufzuheben resp. dem zuständigen Organ zur Aufhebung zu unterbreiten.

Bern, 20. November 2008

Motion Edith Leibundgut (CVP), Manfred Blaser, Peter Bernasconi, Beat Schori, Roland Jakob, Simon Glauser, Bernhard Eicher, Thomas Weil, Henri-Charles Beuchat, Reto Nause, Jacqueline Gafner Wasem, Peter Bühler, Dieter Beyeler, Ueli Jaisli, Erich J. Hess, Dolores Dana, Philippe Müller, Karin Feuz-Ramseyer, Thomas Balmer, Beat Gubser

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Ansicht, dass den Unternehmungen in der Stadt Bern soweit als möglich gute, konkurrenzfähige Rahmenbedingungen zu bieten sind. So sollen etwa Bewilligungsverfahren möglichst kundenfreundlich ausgestaltet sein. Die entsprechende Abteilung der Präsidialdirektion hat denn auch mit der Einführung der Instrumente Verfahrensbegleitung, Baubewilligungsteams und Fast Track die Verfahren kundenfreundlich optimiert. Der Gemeinderat muss an dieser Stelle allerdings auch darauf hinweisen, dass sehr viele für die Wirtschaft massgeblichen Verfahren vom Kanton festgelegt und damit durch übergeordnetes Recht geregelt sind. Der Gemeinderat ist jedoch bereit, sich beim Kanton für Vereinfachungen einzusetzen und auf Gemeindeebene nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen.

Grundsätzlich unterstützt der Gemeinderat die Forderung, bei den KMUs systematisch nachzufragen, wie die Effizienz der Zusammenarbeit zwischen den Gewerbetreibenden und der Verwaltung ist, d.h. in Erfahrung zu bringen, welche Abläufe schwierig und zu verbessern sind. Da die personellen Ressourcen des Wirtschaftsamts auch aufgrund längerer krankheitsbedingter Ausfälle beschränkt sind, ist es zum heutigen Zeitpunkt nicht möglich, innert der vorgegebenen Frist bis Ende Juni 2010 einen Prüfungsbericht vorzulegen. Der Gemeinderat beantragt deshalb bezüglich Punkt 4 und 5 eine Fristverlängerung bis Ende Dezember 2010.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Edith Leibundgut (CVP) vom 20. November 2008: Bessere Rahmenbedingungen für ansässige Unternehmen durch Abbau bürokratischer Hürden und Lasten; Fristverlängerung Punkt 4 und 5.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung für die Einreichung des Prüfungsberichts zu den Punkten 4 und 5 bis Ende Dezember 2010 zu.

Bern, 16. Juni 2010

Der Gemeinderat